

## Parteiversammlung der SVP Uri vom 10. Januar 2018

An der Versammlung nahmen 29 Mitglieder teil.

Zur nationalen Volksinitiative «Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (**Zersiedelungsinitiative**)» hat die Versammlung dabei mit 28 bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme die Nein-Parole gefasst. Die Vorlage wurde dabei gebührend diskutiert, wobei auch die Pro Anliegen von einzelnen Mitgliedern diskutiert wurden.

Ausschlaggebend für die Anwesenden für ein Nein waren die nationale Auslegung des Anliegens wobei bei einem „Ja“ regionale Bedürfnisse völlig ausgeblendet würden. Des weiteren ist zu bezweifeln, dass die zukünftige Verdichtung mit Häusern mit 8 und mehr Stocken im Sinne eines schönen Landschaftsbildes ist.

Mit der Vorlage „verbaut“ man sich wirtschaftlich aber auch Gestalterisch die Zukunft, die Freiheit des Bürgers würde einmal mehr eingeengt.

Noch geeinter war der Entscheid zur kantonalen Volksinitiative «**Zur Regulierung von Grossraubtieren im Kanton Uri**» mit einem einstimmigen Entscheid.

Auch hier gilt es zukünftig besser auf die Bedürfnisse der Regionen, hier der Bergregion eingehen zu können. Vom Wolf ist insbesondere unsere Bergregion mit ihrer landwirtschaftlichen Nutzung der Alpen betroffen. Entlegene Alpweiden, die zu einem grossen Teil nicht vom Wolf geschützt werden können. Ohne Bestossung dieser Alpen durch Nutztiere droht die Verbuschung und mit ihr unser Landschaftsbild.

Die Initiative ist ein Signal einer betroffenen Region an Bern und soll so ein Umdenken beim Schutz von Grossraubtieren bewirken. Die Initianten hoffen dabei auf Nachahmer aus anderen Gebirgskantonen.

Zu den Richterwahlen wurde nur kurz informiert, die Kandidaten der SVP fürs Obergericht (Renata Graf aus Hospental und Roman Osusky aus Bürglen) sowie die fürs Landgericht (Rita Gisler aus Schattdorf und Hansruedi Küttel aus Altdorf) wurden bereits an der a.O. Parteiversammlung vom 29. November 2018 nominiert.

Unter Traktandum „Verwchiedenes“ wurde noch von einem Mitglied die WOV thematisiert, insbesondere deren Bereinigung der Einsparchen. Dabei wurden einzig die Direktansteller persönlich berücksichtigt. Den übrigen unzähligen Einsprecher wurde mit einem kaum lesbaren Bericht abgefertigt. Dieser Umgang mit den Direktbetroffenen wurde vom Mitglied scharf kritisiert, dies dient keiner schnellen Lösung zugunsten der WOV.